

Ahoi!

Habe am **02.02.2012**

Anker vorm **Landtag** geworfen.

A Haupt- und Medienausschuß

Thema 1 **Verfassungsänderungsantrag CDU – engere Fassung der Gründe zur Kreditaufnahme.**

lt. SPD/Grüne bestünde dann nur noch eine Möglichkeit zu sparen – bei Zuwendungen an die Kommunen. Diese „Schulden-Debatte“ soll im Plenum geführt werden, nicht im Hauptausschuß

Hinweis: Die größte Neuverschuldung habe mit über 23 Mrd. zuvor die CDU in ihrer Regierungszeit zu verantworten

Antrag gegen CDU / F.d.P. abgelehnt.

Thema 2 **Haushaltsplan EP02/07 (Bereiche Medienförderung)**

Die Geschäftsführerin der Filmstiftung, Müller, referiert kurz über den Erfolg der Subventionen.

u.a. wurden im Vorjahr aus ca. 35 Mio. Steuergeldern ca. 130 Mio. erwirtschaftet. Der Medienstandort NRW ist fest etabliert und die NRW Produkte sind international erfolgreich (Hoffnung auf Doku-Oskar).

In der Medienförderung sind inzwischen auch Computerspiele und Internet-Produkte aufgenommen.

Thema 3 **Änderung des Abgeordnetengesetzes (Diäten) zum 01.03.12**

Gemeinschaftsantrag CDU, SPD, Grüne

Die zunächst als vorbildlich begriffene Diätenreform von 2005 (eigenständiges Versorgungswerk als „Rentenkasse“) zeigte schon bald gewisse Defizite. Die bei der Erstberechnung gemachten Vorhersagen für Versorgungsansprüche halten den Erwartungen – wie eigentlich vorhersehbar – nicht stand..

Durch eine Kombination aus Absenkung der Abgeordnetenbezüge und Erhöhung des Versorgungswerksbeitrages werden voraussichtlich 1,1 Mio zusätzlich benötigt.

Die Linke insinuiert a) daß bei der Haushaltsplanung hinterlistigerweise die „Diätenerhöhung“ bereits als „Luftnummer“ gebucht worden sei.

Die Landtagsverwaltung erklärt, daß für solche Unwägbarkeiten (z.B. ausscheidende Minister, MdLs und deren Mitarbeiter) u.a. der Hausphaltposten „Übergangsgelder“ existiere, der naturgemäß nicht im voraus präzise bemessen werden könne, aber ja gerade dafür ausgelegt sei. Das sei usus.

In der Debatte erhellt, daß die Linke das Thema im Ältestenrat durchgewunken hatte, da ja 200 Euro Minus bei den MdLs anfallen

würden. Auch über andere Etatposten im Detail hatte man kein Informationsbedürfnis angemerkt.

Die Linke fordert Beteiligung an der Rentenversicherung / oder Selbstzahlung aus Diäten

Die F.d.P. will, daß der Antrag zurückgezogen wird und eine völlig freie Altersversorgung

Die SPD sieht im Versorgungswerk trotz aller Mängel die faireste Behandlung der aus ihrer individuellen Berufsvita herausgerissenen Volksvertreter

Die CDU zieht die eingeschlagene Richtung durch.

Eindruck: Alle sind mit der jetzigen Situation nicht zufrieden, wollen auch weiter darüber sprechen („wir haben uns verkalkuliert“), aber jetzt will man auf keinen Fall Einschränkungen hinnehmen. Augen zu und durch.

Antrag angenommen mit den Stimmen von CDU, SPD und Grünen.

Thema 4 **Datenschutzrichtlinien des WDR entflechten**

Anhörung geplant.

Thema 5 **Datenschutzsiegel**

an federführenden Ausschuß verwiesen – nicht befaßt

Thema 6 **Mißbrauch des Amtsblatts für Parteienwerbung**

vertagt

B Ausschuß für Bauen, Wohnen und Vverkehr

Thema 1 **Gutachten Prof. Hartwig zur NRW-Schienennetz-Situation 2025**

die Leistungsfähigkeit des Netzes NRW, mit Schwerpunkt Engplatzanalyse, soll u.a. aufzeigen, wo Investitionsbedarf entsteht. In den Ballungsräumen wird ein hohes Wachstum (65% Güter, 25% Personen), speziell des Gütertransports prognostiziert. Schon jetzt sind viele Strecken am Rande der Belastungsgrenze und die Haushalte sind leer. Krisenstrecken-Korridore: a) Rheinschiene (von NI bis CH, verstraglich international in der Pflicht), b) Zulaufstrecken Kaldenkirchen und Aachen, c) Ostsee-Rhein und d) Bremen-Basel). Engpässe gibt es bereits jetzt in K, D und Du, vor allem im morgentlichen Berufs- und Schulverkehr .

Es wird ein jährlicher Finanzierungsbedarf von 800-900 Mio € pro Jahr errechnet, ca. 30 Mrd. bis 2030.

Der derzeitige Investitionsplan sieht keine Schienenmaßnahmen vor. Sollte nichts geschehen, so werden in Kürze auch Gelsenkirchen, Bochum, und Oberhausen zu den 53 überlasteten Streckenbereichen gehören.

Eine Erleichterung könnten „Bypässe“ = Ausweichstrecken bringen, doch diese entsprechend auszubauen erfordert erfahrungsgemäß sehr viel Zeit (Bewilligungsprozeduren). Bundesweit müsse die Infrastrukturpolitik auf die Schienenengpässe umdirigiert werden, statt nach dem Gießkannenprinzip mit Schwerpunkt Osten ungezielt zu investieren (Radwege in der Pampa mit Laternenschein).

Von der EU sind güterorientierte Korridore und Hochgeschwindigkeitsstrecken gefordert. An der holländischen Grenze enden sie bis jetzt.

Der Grund, vermutet nicht nur der Gutachter, liegt in der Entscheidungshoheit der Ministerien („kaffeetrinkenderweise“). Die MdLs fordern eine Repolitisierung der Verkehrspolitik mit transparenten Entscheidungen.

Der Minister ergänzt, daß man versuche bei „parlamentarischen Abenden“ in Berlin die Entscheider über die Infrastrukturmittel zu erreichen.

Zuschüsse aus Eu nur 2%, im Rahmen des „connecting Europe“-Programms.

Das Land wolle finanziell in Vorlage für die geforderten Investitionen gehen, sofern der Bund die Anschlußfinanzierung garantiere.

Die CDU mahnt ein ganzheitliches konzeptionelles Verkehrsprogramm von der Regierung an und beschimpft den Minister (u.a. Grüß-August).

Thema 2 **Haushaltsaussprache zum Einzelplan 14**

Dem Gezänk, wer in seiner Regierungszeit wohl den besseren Plan gemacht hätte, entnahm ich, daß die Regierung so gut wie keinen Spielraum für Finanzumschichtungen hatte und wohl mehr Titellosmetik betrieben werden mußte. Allein 160 Mio. wurden gezielt eingesetzt: 30 Mio für die Sozial-Monatskarten und 160 Mio. für die Ausbildungs-Verkehrspauschale.

Die Bundesbaustädteförderungsmitel ;-) wurden in Berlin zurückgefahren. NRW sei bemüht, dies zu kompensieren.

Thema 3 **Sozialticket.**

Die CDU forderte vom Minister einen Bericht über die Ergebnisse und Schäden des Sozialtickets. Der Minister verwies darauf, daß es zu früh sei für eine Bilanz. Die Verkehrsunternehmen würden vor Juni keinen Bericht erstatten.

Thema4 **Landesweites Sozialticket.**

Antrag der Linken vertagt.

Thema 5 **Verkehrssicherheitsprogramm der Bundesregierung**

Der Bericht lag schriftlich vor und wurde höflich für nichtssagend befunden.

Thema 6 **EU-Weißbuch Verkehr**

vertagt.

Thema 7 **Klassifizierung der Wasserstraßen**

vertagt

Thema 8 **Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung**

vertagt t.

Thema 9 **Begründung der Priorisierung von Straßenprojekten**

Anfrage an die Landesregierung CDU

Kriterien für den Minister;: Erhalt hat Vorrang vor Neubau. Die Bundes-mittel seien dramatisch gekürzt worden. Weitere Kriterien seien Umsetzbarkeit und Akzeptanz vor Ort gewesen. Die CDU verlangt, daß die Kriterien bei jedem Projekt vermerkt sein sollen.

Thema 10 **Wohnungsnot der Studierende**

Antrag der Linken

vertagt zur Anhörung am 11. Mai

Thema 11 **Kündigungsschutzverordnung.**

Antrag der Linkenzurückgezogen

Thema 12 **ISSG/HID-Modellprojekt**

Bericht des Ministers – verschwommen – die wenigsten MdLs wußten glaube ich zunächst worum es ging – das Thema gehört zum Kommunalpolitischen Bereich..

Anscheinend soll es ein Modellprojekt geben, in dem die Kommune von Immobilien- und Standortgemeinschaften zur Wertverbesserung z.B. einer Straße eine Umlage erheben kann. Der Minister sprach von einem

Thema 13 **Kennt Minister Voigtsberger die Förderprogramme der KfW zur energetischen Sanierung von Wohnraum?**

Anfrage der CDU
und gleichzeitig

Thema 14 **Finanzierung der energetischen Sanierung durch die NRW.Bank**

Der Minister erklärt, daß das Programm der Kreditanstalt für Wiederaufbau das Programm „energetische Sanierung von Wohnraum“, das bisher gut gelaufen wäre, eingestellt habe. Auch „altersgerechter Umbau“ sei gestrichen. Ein NRW-Bank-Programm soll gerade diese Lücke in der Wohnraum-Modernisierung schließen.

Die KfW-Förderungen seien 50% rückläufig, Ursache hierfür u.a.: fehlende Klarheit in Sachen Abschreibung von energetischen Sanierungskosten durch den Bund. Dies führt zu einem Investitionsstau.

Bundesmittel gibt es nicht mehr für die KfW, außer aus dem Klimafond der sich aus dem rückläufigen (50%) CO2 Zertifikatshandel speist.

Das sind ca. bundesweit 900 Mio.€ - das Land NRW dagegen gibt 400 Mio für die energetische .Sanierung frei.

Wünschenswert wäre eine verlässliche stetige Bundesförderung mit steuerrechtlicher Abschreibungsmöglichkeit.

Aber die Abschreibung ist derzeit nicht verhandelbar – Der Mietwohnungsmarkt hält folglich Investitionen zurück.

Das Thema kommt am 08.02. in den Vermittlungsausschuß

Heißt die Segel!

Und Ahoi!

Winy / Berolina